



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Jahresbericht 2017

des Bundesrates
über die Teilnahme der Schweiz am
Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat
und an der
Partnerschaft für den Frieden

Bern, 9. Mai 2018

Inhaltsverzeichnis

1.	Überblick	3
2.	Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) und im Rahmen flexibler Formate	4
2.1	Nato-Gipfeltreffen	4
2.2	Nato-Ministertreffen	4
2.3	Treffen der Armeechefs	5
2.4	Politische Konsultationen und Treffen auf Ebene der Botschafter	6
2.5	Ständige Militärische Vertretung und Treffen des Militärausschusses	6
2.6	Bilaterale Besuche und Konferenzen	7
3.	Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden (PfP)	8
3.1	Zusammenarbeit in zivilen Bereichen	8
3.1.1	Sicherheitssektorreform, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen	8
3.1.2	Humanitäres Völkerrecht	8
3.1.3	Beteiligung der Schweiz an Treuhandfonds	8
3.1.4	Zivile Notfallplanung	9
3.1.5	Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement	9
3.1.6	Weitere zivile Aktivitäten	9
3.2	Zusammenarbeit in militärischen Bereichen	9
3.2.1	Verbesserung der militärischen Zusammenarbeitsfähigkeit	9
3.2.2	Zusammenarbeit in spezifischen Themenbereichen	10
3.2.3	Ausbildungsangebote und regionale Unterstützungsprogramme	11
3.2.4	Rüstungs- und Forschungszusammenarbeit	11
4.	Aktivitäten der Genfer Zentren	13
4.1	Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik	13
4.2	Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte	13
5.	Anhang	15
5.1	PfP-Ausbildungskurse der Schweiz	15
5.2	Weitere Veranstaltungen	19
5.3	Finanzen	19
5.4	Abkürzungen	20
5.5	Links	20

1. Überblick

Im Berichtsjahr konzentrierte sich die Nato, wie bereits 2016, auf die Anpassung der Allianz an die neue Lage in Europa und dessen Peripherie. Dabei setzt sie weiterhin sowohl auf kollektive Verteidigung und Abschreckung als auch auf Dialog. Die Umsetzung der 2016 verabschiedeten *Projecting-Stability*-Initiative, mit der die Partnerländer der Nato im Süden und Osten unterstützt werden sollen, hat mit verschiedenen Projekten im Bereich Sicherheits- und Verteidigungssektorreform begonnen.

Im März empfingen die Vorsteher des EDA und des VBS den Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu einem offiziellen Besuch in Bern. Themen waren die Sicherheit in Europa, die Entwicklung der Partnerschaften im Rahmen der Nato und das Engagement der Schweiz für Frieden und Sicherheit.

Im Mai 2017 fand in Brüssel ein Nato-Gipfeltreffen statt, bei welchem sowohl der US-amerikanische Präsident Donald Trump wie auch der französische Präsident Emmanuel Macron erstmals in diesem Rahmen auftraten. Partnerstaaten waren ausser Montenegro keine eingeladen, letzteres wurde wenige Tage später als 29. Mitgliedsstaat in die Nato aufgenommen.

Im Berichtsjahr fand kein Treffen auf Ministerebene im KFOR-Format statt. Die Schweiz nahm jedoch regelmässig an den Konsultationen zum Kosovo-Einsatz teil, an dem sie sich mit einem militärischen Kontingent (Swisscoy) beteiligt. Im Juni wurde dieser Einsatz für weitere drei Jahre bis Dezember 2020 verlängert. Der Einsatz der KFOR wird insgesamt als Erfolg gewertet und der von der Schweiz geleistete Beitrag daran sehr geschätzt.

Die Schweiz nahm 2017 an vier multilateralen Treffen auf Botschafterebene teil. Auf der Agenda standen unter anderem die Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte, das weitere Vorgehen im Kosovo und die Sicherheitskooperation im Südosten Europas.

Im militärischen Bereich wurden 2017 die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Nato für einen Beitritt zum *Air Situation Data Exchange (ASDE)*-Programm erfolgreich abgeschlossen. Zudem hat sich die Schweiz entschieden, dem *Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence (CCDCoE)* in Estland als Partnerstaat beizutreten, welches sowohl im militärischen wie auch im zivilen Bereich aktiv ist.

In der Partnerschaft für den Frieden hat die Schweiz ihre praktische Zusammenarbeit im bisherigen Stil weitergeführt: Armee und armasuisse nutzten den Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie die Möglichkeit der Teilnahme von Einzelpersonen an Übungen und Kursen. Zudem unterstützte die Schweiz ausgewählte Partnerstaaten in Südost- und Osteuropa, im Südkaukasus und im Mittelmeerraum beim Aufbau demokratischer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen und bei der sicheren Lagerung und Vernichtung von Kleinwaffen, Munition und Explosivstoffen.

Die Schweiz bot den Partnerstaaten 24 PfP-Ausbildungskurse an (inklusive Kurse der Genfer Zentren). Die Schwerpunkte lagen bei Gebirgsausbildung, Führungsausbildung für höhere Unteroffiziere, Kriegsvölkerrecht, zivil-militärischer Zusammenarbeit, humanitärer Minenräumung und Kommunikationstraining. Das Kursangebot bewegte sich damit in einem ähnlichen Rahmen wie in den vergangenen Jahren.

2. Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) und im Rahmen flexibler Formate

2.1 Nato-Gipfeltreffen

Am 25. Mai 2017 fand in Brüssel ein Sonder treffen der Staats- und Regierungschefs statt. Für den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump war es die Gelegenheit, seine Amtskollegen der Atlantischen Allianz zum ersten Mal zu treffen. Das Treffen in Brüssel war sehr kurz, nur wenige Stunden, und erlaubte dem neuen Präsidenten, seine Botschaft über eine gerechtere Aufteilung der Verteidigungslast zwischen Amerika und Europa zu verbreiten. Der Generalsekretär legte den Staats- und Regierungschefs zwei Berichte vor, welche die vorrangigen Anliegen der neuen US-Regierung erläutern. Ein Bericht bezieht sich auf die Höhe der Militärausgaben innerhalb der Nato und auf die Fortschritte der Mitglieder bei der Umsetzung der 2014 eingegangenen Verpflichtung, innerhalb von zehn Jahren bei den Verteidigungsausgaben 2 % ihres jeweiligen BIP zu erreichen. Um die Fortschritte in diesem Bereich besser zu überwachen und zu fördern, wurde ein Prozess zur jährlichen Überprüfung der Budgets und Haushalte vorgeschlagen. Der andere Bericht führt das Arsenal der Nato im Kampf gegen den Terrorismus auf und schlägt einige neue Massnahmen sowie die Beteiligung der Allianz an der globalen Koalition gegen den IS, welcher bereits alle Mitglieder angehören, vor. Im Gegenzug warteten die Nato-Verbündeten auf eine unmissverständliche Botschaft des US-Präsidenten zur Verpflichtung nach Artikel 5 des Vertrags von Washington, der Klausel der kollektiven Verteidigung. Donald Trump ging jedoch nicht darauf ein, was kurzzeitig Befürchtungen aufkommen liess, die später durch Gesten, welche die Stärke des US-Engagements gegenüber der Allianz bestätigten, aber wieder entkräftet wurden.

Ein weiteres Staatsoberhaupt hatte an diesem Treffen sein Debüt auf der internationalen Bühne: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist es gelungen, Sympathien zu gewinnen und Europa ins Zentrum der Sicherheits- und der Verteidigungsanstrengungen zu rücken. Die in den letzten Monaten erfolgten Bemühungen der Europäischen Union (EU) in diesem Bereich beruhen auf der in Brüssel gewonnenen Erkenntnis der vermehrt auf sich selbst gerichteten USA und eines Europas, das im Sicherheitsbereich sein eigenes Schicksal in die Hand nehmen muss.

Zu diesem Treffen wurde ausser Montenegro, dessen Beitrittsprozess erst einige Tage später abgeschlossen wurde und das seitdem das 29. Mitglied der Nato ist, kein Partnerland eingeladen.

2.2 Nato-Ministertreffen

Im Berichtsjahr nahm die Schweiz an keinem Nato-Ministertreffen teil. Wie im Jahr 2016 lag der Schwerpunkt der Nato-Treffen der Aussen- und Verteidigungsminister auf der kollektiven Verteidigung und der Anpassung der Allianz an die geostrategische Lage in Europa und seiner Peripherie.

Auf Stufe der Aussenminister fanden 2017 zwei Treffen statt. Am ersten Treffen im März bekräftigte US-Aussenminister Rex Tillerson vor den Alliierten die politischen Leitlinien der USA gegenüber der Nato. Diese Botschaft erwies sich im Lichte gewisser Aussagen von Präsident Trump kurz nach seiner Amtseinführung als notwendig. Die Strategie der Nato gegenüber Russland wurde bestätigt: politischer Dialog in Kombination mit militärischer Abschreckung. Die Zusammenarbeit mit der EU wurde ebenfalls thematisiert. Schweden und Finnland, Partnerländer ausserhalb der Allianz, wurden zum Treffen eingeladen – somit ein Format, welches seit 2016 fortbesteht.

Das zweite Treffen fand im Dezember statt und festigte die bei der Nato-EU-Zusammenarbeit verzeichneten Fortschritte. Es wurde eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen beschlossen, insbesondere die Hinzufügung von drei neuen Arbeitsbereichen: militärische Mobilität, Informationsaustausch bei der

Terrorismusbekämpfung und Förderung der Rolle der Frau in den Bereichen Frieden und Sicherheit. Weitere Themen waren mögliche Massnahmen zur Stärkung der Allianz sowie die Rolle der Nato im Kampf gegen den Terrorismus.

2017 fanden auch drei Treffen auf Stufe Verteidigungsminister statt. Das erste Treffen im Februar war insbesondere die Gelegenheit für einen ersten Kontakt zwischen der Allianz und der neuen US-amerikanischen Regierung, wobei Verteidigungsminister Mattis die Stabilität der transatlantischen Beziehung bestätigte und gleichzeitig die anderen Mitglieder der Nato ermutigte, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen und die Rolle der Organisation im Kampf gegen den Terrorismus zu stärken. Bei dieser Gelegenheit beschloss die Allianz, aus dem Cyber-Bereich einen neuen operativen Bereich zu machen, analog zu den Bereichen Land, See und Luft. Diese Entscheidung ebnet den Weg für die Schaffung eines Cyber-Kommandos innerhalb der Nato.

Das zweite Treffen im Juni befasste sich mit den Fortschritten, die bezüglich der Erhöhung der Verteidigungsausgaben, im Einklang mit den Beschlüssen des Sondertreffens der Staats- und Regierungschefs vom 25. Mai 2017, zu leisten sind. Nach dem Motto «cash, capabilities, contributions» gelang es den Alliierten, Einigkeit zwischen denjenigen, die die Schwelle von 2 % des BIP für Verteidigungsausgaben erreicht haben, und denen, die verstärkt in Fähigkeiten oder die Teilnahme an Nato-Missionen investieren, zu wahren. Die Alliierten haben sich auch zu einem regelmässigeren Informationsaustausch über ihre Militärausgaben verpflichtet. Schliesslich beschlossen die Verteidigungsminister, die Unterstützung der Nato für den Irak zu erhöhen, die Aktivitäten der Allianz im Kampf gegen den Terrorismus auszuweiten, und definierten die Rolle der Allianz in der Anti-IS-Koalition. Die Alliierten befürworteten auch die Fortsetzung und Intensivierung der Bemühungen in Afghanistan, indem sie die *Resolute Support Mission (RSM)* aufgrund der Bedingungen vor Ort und nicht mehr nach einem vorher festgelegten Zeitplan weiterführen wollen. Dieses Ministertreffen war auch Anlass für ein Treffen der Länder, die an der deutschen Initiative *Framework Nations Concept (FNC)* interessiert sind. Die Schweiz wurde ebenfalls zu diesem Treffen eingeladen und nahm mit dem Chef Sicherheitspolitik des VBS daran teil.

Das dritte Treffen der Verteidigungsminister im November fokussierte auf die Anpassung der Nato, insbesondere der Befehlsstruktur der Allianz. Die Minister genehmigten ein allgemeines Konzept, das am Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel vom 11. bis 12. Juli 2018 behandelt wird. Der Einsatz der Nato in Afghanistan wurde erneut diskutiert und die Bestände für Resolute Support Mission Operationen von 13 000 auf 16 000 Soldaten erhöht. An diesem Treffen wurde auch die aktuelle Lage diskutiert. Die Alliierten betrachten das nordkoreanische nukleare und ballistische Programm als Bedrohung für die Allianz.

Der Einsatz im Kosovo (KFOR) wurde 2017 nicht auf Ministerebene behandelt.

2.3 Treffen der Armeechefs

Der Chef Armeestab nahm als Vertreter des Chefs der Armee an der Januar-Sitzung des Nato-Militärausschusses auf Ebene der Armee- und Generalstabschefs im Format der Interoperabilitätsplattform teil. Im Mai vertrat der Chef Internationale Beziehungen Verteidigung den Chef der Armee an einer Sitzung der *Partner Interoperability Advocacy Group; PIAG*.

Im Zentrum der Diskussionen standen die Weiterentwicklung der Instrumente der Nato für die militärische Kooperation mit Partnerstaaten sowie Möglichkeiten der Nato zur Stabilisierung fragiler Regionen. Anlässlich des Treffens vom Januar traf der Chef des Armeestabs zudem den finnischen Armeechef, um verschiedene Fragen zur Weiterentwicklung der Streitkräfte zu diskutieren.

2.4 Politische Konsultationen und Treffen auf Ebene der Botschafter

Im Berichtsjahr nahmen der Chef der Schweizer Mission bei der Nato oder sein Stellvertreter an vier Treffen auf Stufe Botschafter teil, zu denen der Nato-Generalsekretär die Schweiz eingeladen hatte.

Eine Plenarversammlung des *Afghan National Army Trust Fund Board* fand im Mai unter der Leitung des Generalsekretärs statt. Wie bereits im Jahr 2016 betonte der Generalsekretär die Notwendigkeit der Weiterführung der Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte für die Periode 2017–2020. Die Schweiz beteiligte sich in diesem Bereich zuletzt 2010 und seither nicht mehr.

Im Juli fand ein Treffen des Nordatlantikrats im KFOR-Format statt und erreichte einen breiten Konsens über die Notwendigkeit der Weiterführung der Mission im Kosovo unter Berücksichtigung der grossen Herausforderungen, sowohl im sozioökonomischen als auch im Sicherheitsbereich. Am 27. Oktober 2017 fand ein Besuch des Nordatlantikrates in Pristina statt, an dem Vertreter der an der Operation beteiligten Partnerländer teilnahmen. Das bot die Gelegenheit, die Vertreter der verschiedenen vor Ort anwesenden internationalen Organisationen zu treffen (Nato, UNMIK, OSZE, EU).

Das letzte Treffen auf Stufe Botschafter war ein Treffen der Lenkungsgruppe für Sicherheitskooperation in Südosteuropa (South East Europe Security Cooperation Steering Group; SEEGROUP) im Dezember. Mazedonien gab den Vorsitz der Gruppe auf Ende 2017 an Serbien weiter.

Neben diesen formellen Treffen fanden informelle Aktivitäten der Botschafter der westlichen Partnerländer (WEP-6¹) statt, insbesondere Treffen mit hochrangigen Vertretern der Allianz, darunter dem stellvertretenden Nato-Generalsekretär, dem höchsten militärischen Befehlshaber in Europa (SACEUR) und dem russischen Vertreter bei der Nato.

Um den Beitrag der Schweiz an die Partnerschaft für den Frieden anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums der Schweizer Teilnahme zu würdigen, unterstützte der Chef der Schweizer Mission bei der Nato verschiedene Besuche und Leistungen der Schweizer sicherheitspolitischen Kompetenzzentren, die mit der Nato zusammenarbeiten (GCSP, DCAF, CSS-ETHZ). Im November empfing er die Schweizer Delegation der parlamentarischen Versammlung der Nato für eine Reihe von Gesprächen über aktuelle Entwicklungen in der Nato und bei den westlichen Partnern.

2.5 Ständige Militärische Vertretung und Treffen des Militärausschusses

Der Militärausschuss im Format EAPC tagte im Berichtsjahr nur einmal, im Juli 2017, zum Thema KFOR. Der Grundton der Nato (Vorsitzender des Militärausschusses sowie Kommandant KFOR) war, dass die truppenstellenden Nationen wenn immer möglich ihre Leistungen weiterführen sollten und dass man die Lage im Einsatzraum auf keinen Fall unterschätzen dürfe. Angesichts des hohen Eskalationspotenzials sollten jederzeit genügend Reservekräfte rasch zur Verfügung stehen. Die Beiträge der Swisscoy, nicht zuletzt mit ihren «*High Value Assets*», wurden auch dieses Jahr seitens Nato und Mitgliedstaaten positiv erwähnt und verdankt. Mit entsprechendem Interesse wurde in Brüssel daher der Schweizer Parlamentsentscheid vom Juni 2017 über die Weiterführung der Swisscoy bis 2020 mit einer gleichzeitigen Bestandesreduktion von maximal 235 auf 190 (2018) bzw. 165 (2019) Angehörige der Armee zur Kenntnis genommen.

In den Arbeitsgruppen informierten die Vertreter des *Allied Command Operations* (ACO) die beteiligten Nationen regelmässig über den aktuellen Stand bei der KFOR. 2017 ging es dabei vor allem um eine nötige Reorganisation der Infrastruktur zur medizinischen Versorgung der eingesetzten Truppen sowie um die für 2018 geplante Umstrukturierung in noch

¹ WEP-6: Österreich, Irland, Finnland, Malta, Schweiz und Schweden.

zwei regionale Kommandos. Von beiden Themen wird auch das Schweizer Kontingent betroffen sein.

Der Schweizer Militärische Vertreter informierte an verschiedenen Anlässen (u.a. im September in der Arbeitsgruppe «Big Tent» am Nato-Hauptquartier mit den Alliierten und praktisch allen Partnern) über den Stand der Weiterentwicklung der Armee. Die Präsentationen wurden geschätzt und stiessen auf Interesse der Alliierten und der Partner, welche sich derzeit mit ähnlichen Fragestellungen beschäftigen (vor allem in den Bereichen Bereitschaft und Durchhaltefähigkeit).

Die *Partner Interoperability Advocacy Group (PIAG)* (neben der Schweiz sind Australien, Finnland, Irland, Neuseeland, Österreich und Schweden in dieser informellen Gruppe) vertreibt die gemeinsamen Interessen dieser Partner bei der Zusammenarbeit mit der Nato. Die PIAG ermöglicht der Schweiz einen besseren Informationsaustausch und eine Netzwerknutzung innerhalb der sieben Partnernationen, die oft ähnliche Interessen, wenn auch auf unterschiedlichen Ambitionsniveaus vertreten. Die PIAG-Beiträge (sogenannte «PIAG Informal Papers») generieren zudem ein höheres Gewicht in der Zusammenarbeit mit der Nato. Seit Mitte 2017 ist in der PIAG ein Schweizer Offizier für ein Jahr als Stabschef eingesetzt. Im Jahr 2019 wird dann der Militärische Vertreter der Schweiz die Gruppe leiten.

2.6 Bilaterale Besuche und Konferenzen

Die Vorsteher des EDA und VBS empfingen am 2. März 2017 den Generalsekretär der Nato, Jens Stoltenberg, zu einem offiziellen Besuch in Bern. Themen der Gespräche waren die Sicherheit in Europa, die Entwicklung der Partnerschaften im Rahmen der Nato und das Engagement der Schweiz für Frieden und Sicherheit. Die Bundesräte Burkhalter und Parmelin tauschten sich mit Generalsekretär Stoltenberg über aktuelle Themen der europäischen Sicherheit aus. Sie verdeutlichten die Beiträge für Frieden und Sicherheit, welche die Schweiz im Rahmen ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik leistet, und würdigten die Bedeutung der Nato für die Stabilität im strategischen Umfeld der Schweiz. Beide Seiten bekräftigten die Notwendigkeit eines regelmässigen Dialogs mit Russland zur Verbesserung der europäischen Sicherheit. Hinsichtlich der seit mehr als zwei Jahrzehnten bestehenden Partnerschaft der Schweiz mit der Nato zogen beide Seiten eine positive Bilanz. Ein weiterer Gesprächsgegenstand war die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten in der südlichen Nachbarschaft Europas mit Blick auf die Reform des Sicherheitssektors – ein Bereich, in dem die Schweiz über anerkannte Expertise verfügt. Diskutiert wurden auch die Sicherheit im Cyber-Raum und die zunehmende Bedrohung durch staatliche Akteure. Die Schweiz informierte über ihre Absicht, Partnerstaat des Cyber-Zentrums in Tallinn (*Cooperative Cyber Defence Center of Excellence - CCDCoE*) zu werden (vgl. 3.2.2. für weitere Entwicklung). Nach den Gesprächen reiste Generalsekretär Stoltenberg nach Genf für einen Auftritt im Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) im Maison de la Paix und ein Treffen mit Vertretern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Am Vorabend der offiziellen Gespräche auf dem Landsitz Lohn hatte Generalsekretär Stoltenberg in Bern Bundespräsidentin Doris Leuthard zu einem Austausch getroffen.

3. Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden (PfP)

3.1 Zusammenarbeit in zivilen Bereichen

3.1.1 Sicherheitssektorreform, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen

2017 setzte die Schweiz ihre Unterstützung der Umsetzung des PfP-Aktionsplans für die Sicherheitssektorreform (*Security Sector Reform, SSR, und Defense Institution Building, DIB*) in den ost- und südosteuropäischen Staaten, im Südkaukasus und in Zentralasien sowie der MENA-Region (*Nahost und Nordafrika*) fort. Es geht im Wesentlichen darum, die verschiedenen Sicherheitsorgane – Armee, Polizei und andere Sicherheitsdienste – unter zivile und demokratische Kontrolle zu bringen und gegen Korruption zu kämpfen. Um dieses Ziel zu erreichen, lancierte die PfP im Jahr 2007 eine Initiative mit dem Namen *Building Integrity*, die sich derzeit in der dritten Phase befindet und sich weiterhin auf einen Treuhandfonds stützt, der von der Schweiz gemeinsam mit Grossbritannien, Polen, Norwegen und Bulgarien geleitet wird. Der Ansatz der *Building Integrity* wurde auf dem Nato-Gipfel in Warschau (2016) unter dem Motto *Projecting Stability* genehmigt, ein Konzept, das auf dem Zusammenhang zwischen guter Regierungsführung und erhöhter Sicherheit basiert.

Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) – vor 20 Jahren ein Vorreiter in Bezug auf SSR – ist das Hauptinstrument, mit welchem die Schweiz ihren Beitrag in diesem Bereich leistet. 2017 umfasste dies: die Unterstützung für die Produktion, Übersetzung und Entwicklung von DCAF-Handbüchern und -Veröffentlichungen mit dem Schwerpunkt auf Schulungen; die Bereitstellung von DCAF-Experten für Beratungsmissionen und Ausbildungsveranstaltungen sowie die Bereitstellung eines allgemeinen finanziellen Beitrags an den Treuhandfonds *Building Integrity*. 2017 setzte die Schweiz auch ihre Unterstützung der Umsetzung der im Jahr 2000 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angenommenen Resolution 1325 (*on women, peace, and security*) fort, welche die Rolle der Frauen in der Konfliktprävention und -lösung anerkennt und ihre Vertretung in Sicherheitsorganen und friedenserhaltenden Operationen fördert. Die Schweiz hat via DCAF einen zivilgesellschaftlichen Beratungsausschuss unterstützt, der es ermöglichen soll, die Zivilgesellschaft besser in neue Initiativen im Bereich Frauen, Frieden, Sicherheit einzubeziehen.

3.1.2 Humanitäres Völkerrecht

Im Berichtsjahr engagierte sich die Schweiz weiterhin für die Ausbildung im humanitären Völkerrecht. Das GCSP veranstaltete ein Symposium für Rechtsberater aus den Alliierten- und Partnerländern zu den politisch-rechtlichen Aspekten der Nato-Aktivitäten. Mittelfristig plant das GCSP, sein Ausbildungsangebot durch ein spezifisches Programm zu den rechtlichen Aspekten der Sicherheit zu erweitern.

3.1.3 Beteiligung der Schweiz an Treuhandfonds

Die PfP-Treuhandfonds wurden für zwei Zwecke eingerichtet: die Unterstützung von Partnerländern bei der Vernichtung ihrer Antipersonenminenbestände nach der Verabsiedlung der Ottawa-Konvention (1997) (ein Ansatz, der auch für überschüssige Munition, nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie für die Sicherheit der Lagerbestände verfolgt wird) sowie die Unterstützung der Sicherheitssektor- und Verteidigungssektorreform, wie unter Punkt 3.1.1. beschrieben.

Im Berichtsjahr hat die Schweiz Projekte in der Ukraine (Vernichtung von konventioneller Munition, Kleinwaffen und leichten Waffen), Serbien (Vernichtung von Munitionsüberbeständen, Aufbau von Laborinfrastruktur und Kapazitätsaufbau zur systematischen Munitionsüberwachung und Umweltanalyse in der Demilitarisierungsanlage Kragujevac, inkl. Zertifizierung durch Dritte) sowie im Bereich *Building Integrity* (vgl. 3.1.1) unterstützt. In Jordanien hat sich die Schweiz an der Förderung der Frauen in der Armee beteiligt (vgl. 3.1.1.)

und gemeinsam mit Spanien die Leitung eines neuen Treuhandfonds in Jordanien (Aufbau von Abrüstungskapazitäten) übernommen.

Die Schweiz hat zudem gemeinsam mit Italien und mit der Unterstützung des DCAF einen Workshop zur Entwicklung der Sonderzuweisungsfonds organisiert, um einige Überlegungen zu ihrer Funktionsweise anzustellen und die Arbeiten im Bereich der Sicherheitssektor-reform zu erleichtern.

Schliesslich stellte die Schweiz der Nato auch im Jahr 2017 einen Experten im Bereich SALW in Form eines *Voluntary National Contribution (VNC)* zur Verfügung.

3.1.4 Zivile Notfallplanung

Die zivile Notfallplanung der Nato deckt sowohl die zivile Unterstützung von militärischen Operationen, die Unterstützung der nationalen Behörden in zivilen Katastrophen als auch den Schutz der Bevölkerung vor Massenvernichtungswaffen ab. Im Berichtsjahr hat das zivile Notfallplanungskomitee, *Civil Emergency Planning Committee (CEPC)*, die Arbeiten zum Schwerpunkt Resilienz von Gesellschaften und der Infrastruktur weiterbearbeitet. Der Prozess, der durch die Nato-Staaten lanciert wurde, bezieht auch die Partnerländer ein. Bisher sind unter anderem Finnland, Schweden und die Schweiz involviert. Die Schweiz hat 2017 via das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung an zwei Aktivitäten des CEPC zu Ernährungs- und Energieversorgungsthemen mitgewirkt.

3.1.5 Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement

Im Berichtsjahr organisierte die Schweiz durch das BABS und mit Unterstützung des GCSP erneut den Kurs *Crisis and Risk Management: Responding to the 21st Century Crisis* im Eidgenössischen Ausbildungszentrum in Schwarzenburg. Anfang Oktober nahmen rund 20 Katastrophenschutzexperten aus Nato- und Partnerstaaten teil. Der Kurs ist Teil der aktuellen Arbeiten, um gesellschaftlichen und technischen Risiken entgegenzuwirken, die durch die Digitalisierung oder die Vernetzung und Interdependenz von Systemen verstärkt werden.

3.1.6 Weitere zivile Aktivitäten

Das GCSP organisierte im Auftrag des EDA im April die sechsten Chambéry-Roundtable-Gespräche zur Sicherheit im osteuropäischen Raum sowie im September die sechsten Zermatt-Roundtable-Gespräche zur Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum.

3.2 Zusammenarbeit in militärischen Bereichen

3.2.1 Verbesserung der militärischen Zusammenarbeitsfähigkeit

Die Armee nutzt die Partnerschaft für den Frieden und deren Instrumente (Übungen, Kurse, Arbeitsgruppen) für den Wissens- und Erfahrungsaustausch. Sie profitiert auch von Erkenntnissen der Partner zu Doktrin und Einsatzverfahren sowie zu Anforderungen an Material, Ausbildung, Personal und Organisation im Einsatz. Die Schweizer Armee war auch in diesem Berichtsjahr wieder Gastgeberin einzelner Workshops zu verschiedenen militärischen Themen, insbesondere in der Entwicklung von Instrumenten zur Unterstützung von Helikopterpiloten bei eingeschränkter Sicht. Eine Nato-Arbeitsgruppe forscht in diesem Bereich, und eine der Versuchssequenzen der Arbeitsgruppe, bei der es um den Flug mit eingeschränkter Sicht aufgrund von Schnee («White out») ging, fand in der Schweiz statt.

Die Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden ist insbesondere für jene Teile der Armee das zentrale Instrument zur Verbesserung militärischer Zusammenarbeitsfähigkeit (Interoperabilität), die in der Lage sein müssen, international zu kooperieren (z.B. Luftwaffe, SWISSINT). Interoperable Mittel und standardisierte Verfahren sind unabdingbar für

die Zusammenarbeit mit anderen Staaten; die Mitarbeit in der Erarbeitung und Weiterentwicklung gemeinsamer Standards ist für die Armee deshalb wichtig. In diesem Zusammenhang wurde auch der Planungs- und Überprüfungsprozess *Planning and Review Process* (PARP) weitergeführt. In Gesprächen zwischen der Nato und der Schweiz wurden Zusammenarbeitsziele festgelegt, die auf die Ausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik und den Reformprozess der Armee abgestimmt, jedoch nicht verpflichtend sind. Außerdem nahmen Armeevertreter an Planungskonferenzen teil, wie zum Beispiel der *Chiefs of Transformation Conference*.

Die multilaterale Ausbildungskooperation ist für die Armee wichtig, um die Zusammenarbeitsfähigkeit in spezifischen Bereichen zu verbessern. Die von der Partnerschaft angebotenen Kurse und Ausbildungsmodule werden daher hauptsächlich zur Weiterbildung des Berufspersonals sowie für die militärische Spezialistenausbildung genutzt. Die Übungen bieten Möglichkeiten zur Evaluation der eigenen Fähigkeiten und Kapazitäten, so beispielsweise zur Überprüfung von Führungs- und Stabsarbeitsprozessen, Doktrin und Einsatzverfahren sowie technischer Mittel und Zusammenarbeitsfähigkeit. Das Übungsangebot wird von der Armee schwergewichtig für die Überprüfung technischer Mittel, den individuellen Erfahrungsgewinn und die militärische Zusammenarbeitsfähigkeit in Friedensförderungseinsätzen genutzt.

Als weiteres Instrument der militärischen Zusammenarbeit und des Wissens- und Erfahrungsaustauschs hat die Schweizer Armee weiterhin vier Vertreter temporär an Hauptquartiere oder Institutionen der Nato abkommandiert: einen Offizier an das militärstrategische Hauptquartier *Allied Command Operations* (ACO) in Mons, Belgien, an das *Nato Defense College* in Rom, Italien, sowie zwei höhere Unteroffiziere an die Nato-Schule in Oberamergau, Deutschland.

3.2.2 Zusammenarbeit in spezifischen Themenbereichen

ASDE

Im Berichtsjahr wurden die Verhandlungen mit der Nato für einen Beitritt zum *Air Situation Data Exchange* (ASDE) Programm abgeschlossen. Im Rahmen dieses Programmes tauschen Alliierte und Partner nach eigenen Massgaben gefilterte Luftpolizeidata aus. Die Teilnahme an diesem Programm erlaubt es der Schweiz, eine Übersicht der Luftpolizeidata über einen einzigen Kanal zu erhalten, zumal einzelne Nachbarstaaten der Schweiz, mit welchen bilaterale Abkommen bestehen, künftig ihre Daten nur noch über dieses Programm austauschen werden. Die Neutralität der Schweiz bleibt dabei stets gewahrt. Im kommenden Jahr muss die Schweizer Beteiligung am ASDE-Programm noch vom Parlament genehmigt werden.

FMN

2017 wurde die Beteiligung am Programm *Federated Mission Networking* (FMN) weitergeführt. Die Beteiligung an FMN ermöglicht der Schweizer Armee, sich im Bedarfsfall besser mit multinationalen Einsatzverbänden vernetzen zu können, zum Beispiel bei friedensfördernden Einsätzen. Dabei werden keine Verpflichtungen eingegangen.

CCDCoE

Nach einer vertieften Prüfung hat die Schweiz 2017 entschieden, dem Forschungszentrum *Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence* (CCDCoE) in Estland als Partnerstaat beizutreten. Diese institutionalisierte Partnerschaft ersetzt die bisherige fallweise Zusammenarbeit und ermöglicht der Schweiz, vom gesamten Forschungskatalog des Zentrums zu profitieren, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit ist für die Schweiz von Interesse, weil sich das Kompetenzzentrum in Tallinn aufgrund der gelegten Schwerpunkte *Training* und *Doktrin*, *Policy* und *Technik* für den Ausbau und die Entwicklung von nationalen Fähigkeiten der Schweiz anbietet. Der effektive Beitritt der Schweiz wird im Verlaufe von 2018 erwartet.

Das CCDCoE bietet eine breite Palette von spezifischen Workshops, Weiterbildungen und Übungen an, von der die Schweiz bis anhin punktuell Gebrauch gemacht hat. So hat die Direktion für Völkerrecht unter anderem den Redaktionsprozess des sogenannten Tallinn Manuals unterstützt. Diesen Prozess hat das CCDCoE im 2009 ins Leben gerufen, welcher im «*Tallinn Manual 2.0 on International Law applicable to Cyber Operation*» mündete. Darin untersuchte eine internationale Expertengruppe das anwendbare Völkerrecht auf die Cyber-Kriegsführung sowie auf Operationen unterhalb der Kriegsschwelle. Das Tallinn Manual hat keinen bindenden Charakter für Staaten. Es bietet jedoch eine gute Übersicht über die Anwendung des Völkerrechts auf den Cyberraum und stellt für die Schweiz eine Grundlage für die laufenden internationalen Diskussionen dar.

Auch das VBS hat von den Aktivitäten des CCDCoE profitiert. Das CCDCoE führt jährlich eine technische Cyber-Übung durch (Locked Shields). Diese ermöglicht Nato- und Partnerstaaten sowie diversen privaten Organisationen und Forschungsinstitutionen, ihre eigenen Fähigkeiten zur Erkennung, zum Schutz und zur Abwehr von Cyber-Angriffen zu testen. Die Teilnahmen 2012, 2016 und 2017 erlaubten es dem VBS, seine Prozesse zum Schutz vor Cyber-Angriffen zu überprüfen und zu verbessern. Während dieser Übung wurden auch die Durchhaltefähigkeit und die Bereitschaft der einzelnen beteiligten Organisationseinheiten getestet. Im 2017 nahm die Schweiz (EDA und VBS) zudem erstmals am strategischen Teil der Übung teil.

3.2.3 Ausbildungsangebote und regionale Unterstützungsprogramme

Die Schweizer Armee führte insgesamt 24 PfP-Ausbildungskurse durch (siehe Tabelle 5.1). Die Kursschwerpunkte lagen bei Gebirgsausbildung, Führungsausbildung für höhere Unteroffiziere, Kriegsvölkerrecht, zivil-militärischer Zusammenarbeit, humanitärer Minenräumung und Kommunikationstraining. Die Ausbildung erfolgt, wo immer möglich, als Kaderausbildung nach dem Prinzip *train the trainers*.

In der Kaderausbildung nimmt die Schweizer Armee (SWISSINT) zusammen mit dem GCSP unter anderem am jährlichen Treffen aller Kommandanten der *Partnership Training and Education Centres* (PTEC) teil. Dieses Forum und Netzwerk bietet die Möglichkeit eines Informations- und Erfahrungsaustauschs in Ausbildungsfragen.

Die Schweiz führte bereits zum neunten Mal die *Annual Senior Officers' Security Conference* durch. Der Fokus dieser Konferenz liegt auf der Entschlussfassung im Rahmen des koordinierten Zusammenwirkens von Militär und zivilen und humanitären Organisationen in komplexen Missionen.

3.2.4 Rüstungs- und Forschungszusammenarbeit

Die Schweiz nimmt an Forschungsprojekten und -foren der Nato teil, was ihr einen Informations- und Erfahrungsaustausch ermöglicht. Die Tätigkeiten im Rahmen der multilateralen Arbeitsgruppen bieten eine Gelegenheit, um Kompetenzen zur Beurteilung von Technologien aufzubauen, welche in kommenden Beschaffungsvorhaben zentral sein können. Diese stärken die Expertise der armasuisse zugunsten der Armee und können dazu beitragen, technologische wie auch finanzielle Risiken in der Lebensspanne von Armeematerial zu reduzieren. Die Zusammenarbeit im Rahmen der *Science and Technology Organisation* wird durch armasuisse und durch sie beauftragte Forschungsinstitute und Unternehmen wahrgenommen. Im Bereich der Forschung ist der effiziente Aufbau von Kompetenzen meist nur multilateral möglich, da gerade im wissenschaftlich-technologischen Bereich die meisten europäischen Länder fast vollumfänglich auf die multilaterale Kooperation setzen. Die Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene ist oft nur in ausgewählten Nischenbereichen möglich.

Auch durch die Teilnahme an der *Conference of National Armaments Directors* (CNAD) und den ihr unterstellten Arbeitsgruppen werden die Interessen der Armee und armasuisse im

Rüstungsbereich vertreten. Im Vordergrund stehen der Bedarf nach kosteneffektiver Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsmaterial sowie die Schaffung von Synergien und der Austausch von militärtechnologischem Wissen.

Die Interessen des Rüstungsbereichs bei der Nato werden durch einen armasuisse-Mitarbeiter an der schweizerischen Mission bei der Nato in Brüssel sowie durch Experten der Armee und armasuisse in den verschiedenen Arbeitsgruppen und Projekten vertreten. Die armasuisse unterhält zudem Beziehungen zur Nato-Unterhalts- und Logistikagentur *Nato Support Procurement Agency* (NSPA) in Capellen, Luxemburg. Die Schweizer Industrie in den Bereichen Sicherheit und Wehrtechnik kann sich im Rahmen der *Nato Industrial Advisory Group* an industriellen Forschungsprojekten der Nato beteiligen. Daneben kann sich die Industrie auch im Rahmen des *Nato Industry Forum* über aktuelle Projekte und Kooperationsmöglichkeiten informieren.

4. Aktivitäten der Genfer Zentren

4.1 Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik

Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) ist eines der beiden zertifizierten *Partnership Training and Education Centres* (PTEC) der Schweiz. Das primäre Kursangebot des GCSP umfasst den achtmonatigen Ausbildungskurs in Sicherheitspolitik, den zweimonatigen Ausbildungskurs in europäischer Sicherheitspolitik und den zweimonatigen Ausbildungskurs zu neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die drei Kurse stehen Teilnehmern aus Nato- und Partnerstaaten seit 1995 offen. Das GCSP führte 2017 mehr als 70 Kurzkurse durch, die spezifische Ausbildungsbedürfnisse abdecken, darunter die Orientierungskurse für Verteidigungsattachés und Zivilpersonen, die im Bereich der internationalen Beziehungen arbeiten. Diese Kurse werden sehr oft in anderen PTEC im Ausland ausgerichtet, wobei die lokalen Mitarbeiter bei der Planung, Durchführung und Nachbearbeitung vom GCSP unterstützt werden. Zum ersten Mal wurde auch ein Pilot-Kurs für Fortgeschrittenen erfolgreich durchgeführt.

Der vom GCSP organisierte jährliche PfP-Kurs für höhere Stabsoffiziere, *Annual Senior Officers Seminar* (ASOS), fand zum zehnten Mal in Genf statt.

Bereits zum siebten Mal hat das GCSP den *Weapons Law and the Legal Review of Weapons Course* in Genf durchgeführt.

Als PTEC vertritt das GCSP auch seine Interessen innerhalb der Gruppe zertifizierter PfP-Trainingszentren. Innerhalb des *PfP Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes* hat das GCSP unter Anderem den Co-Chair der 2012 gebildeten Arbeitsgruppe für neue Bedrohungen, *Emerging Security Challenges*, inne.

Das GCSP stellte 2017 die Infrastruktur in Genf zur Verfügung für die Durchführung der dreitägigen *2cd Annual Discipline Conference for Military Contribution to Peace Support* (MC2PC), organisiert durch das FINCENT.

Der durch das GCSP neu lancierte Incubator-Hub unterstützt thematische Initiativen. 2017 wurde ein elektronisches Kompetenzzentrum zur Verbreitung von neusten Erkenntnissen geschaffen (Cyber-AID.org). Zudem wurde die *Terrorist Joint Action Group* (T-JAG) aufgebaut, welche im Bereich Prävention und Bekämpfung von Terrorismus wirkt.

Das GCSP bietet Sicherheitsexperten und politischen Entscheidungsträgern mit der *Global Fellowship Initiative* mehrmonatige Gastaufenthalte an. Das Angebot wird regelmässig von Nato-Experten in Anspruch genommen.

Weitere Informationen unter www.gcsp.ch.

4.2 Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte

Das Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) setzte 2017 die Zusammenarbeit mit Nato- und Partnerstaaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in der Reform und der demokratischen Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors sowie der Institutionen- und Integritätsbildung fort.

Im Bereich *transparentes und rechenschaftspflichtiges Management des Verteidigungs- und Sicherheitssektors* konnte das Engagement mit der *NATO Building Integrity Initiative* fortgesetzt werden (Kampf gegen die Korruption im Verteidigungsbereich). Die DCAF-Website über Integrität liegt nun auch in russischer und ukrainischer Sprache vor. In Armenien konnte der Dialog über Integrität und Menschen- und Bürgerrechte im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich fortgesetzt und durch die Vorlage einschlägiger Studien (u.a. zur Frage der Militärdienstpflicht und der Gesamtverteidigung) unterstützt werden. An zwei Trainingsveranstaltungen wurden Fragen des Managements und der Menschenrechte in der inneren Sicherheit mit den zuständigen Organen eingeübt. In Aserbaidschan konnte das DCAF-Grundlagenwerk zum Verteidigungsmanagement in aserischer Sprache aufge-

legt und verteilt werden. In der Ukraine wurden Expertisen zu Fragen der nationalen Sicherheitspolitik und der europäischen und euroatlantischen Sicherheit abgegeben. 2017 den Entscheidungsträgern vorgelegte Studien beschäftigen sich mit der rechtlichen Stellung der Nationalgarde, Sicherheitsaspekten der politischen Dezentralisierung, und der parlamentarischen Ethik.

Im Bereich *demokratische Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors* trug DCAF vergleichende Daten zu verschiedenen Gesetzesentwürfen bei und nahm auf Einladung von Parlamentskommissionen an parlamentarischen Sitzungen teil, so in Armenien zur Frage der Militärdienstpflicht, der Gesamtverteidigung und der parlamentarischen Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors. Das Land befindet sich nach einer Verfassungsänderung auf dem Weg von einer präsidentiellen zu einer parlamentarischen Republik und hat DCAF um umfassende Hilfe bei der Operationalisierung der parlamentarischen Arbeit (inklusive investigativer Kompetenzen) gebeten. In der Ukraine konnten verschiedene parlamentarische Projekte unterstützt werden, u.a. zur Diskussion der Gesetzgebung über die nationale Sicherheit, zur Situation von Frauen in den Streitkräften, v.a. im Kontext der sog. *Anti-Terroristischen Operation (ATO)* und zur parlamentarischen Ethik.

Die Zusammenarbeit mit der *NATO Parliamentary Assembly* (NPA) konzentrierte sich auf die Zusammenarbeit in der Kapazitätsbildung für neu gewählte Parlamentarier und Angehörige der Parlamentsdienste, die gemeinsame Publikation der aus den Versammlungen resultierenden Empfehlungen, einer Studie zu parlamentarischen Praktiken (im Berichtsjahr Zugangs- und Umgangsregelungen bezüglich klassifizierter Dokumente für Parlamentarier), der Dokumentation gemeinsamer Interessen der NPA und des Europa-Parlaments (im Berichtsjahr einer Publikation zur Definition gemeinsamer Interessen von EU und Nato nach dem Warschauer Gipfel von 2016), und der Zusammenarbeit in der Organisation der sogenannten Rose-Roth-Seminare (im Berichtsjahr in Sarajevo und Kiew).

Die *Arbeitsgruppe zur Sicherheitssektorreform innerhalb des PfP-Konsortiums von Verteidigungsakademien und sicherheitspolitischen Forschungsinstituten* wurde auch 2017 vom DCAF geleitet. Das Programm umfasst nun die Bereiche Militärjustiz (inklusive Reform) in den Partnerschaftsstaaten, Reform der Sicherheits- und Nachrichtendienste, Integrität im Management von militärischen Missionen und das sogenannte *Defence Institution Building*. Für alle Themen wurden Seminare abgehalten, welche in *Status and Needs Reports* und Empfehlungen (Publikation 2018) weitere Vertiefung finden werden. Das DCAF vertrat die Arbeitsgruppe an den Sitzungen des Steuerungskomitees des Konsortiums und – in enger Absprache mit dem VBS – die Schweizer Interessen innerhalb des Konsortiums an den Sitzungen des *Senior Advisory Council*.

Die Abteilung für Genderfragen des DCAF nahm mit Experten an der *Annual Discipline Conference for Gender in Military Operations* und der *Annual Conference of the NATO Committee on Gender Perspectives* teil. DCAF wird 2018 zusammen mit der NPA einen Bericht über die Handhabung von Genderfragen in den Parlamenten der Mitglied- und Partnerstaaten der NATO erarbeiten.

Weitere Informationen unter www.dcaf.ch.

5. Anhang

5.1 PfP-Ausbildungskurse der Schweiz

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
UN Civil-Military Coordination Course (UNCMCC) Der Kurs zielt darauf ab, humanitäres Personal und <i>CMCood Officers</i> so zu schulen, dass sie in Krisengebieten ihrer Verantwortung als Koordinatoren gerecht werden können. Durch die angemessene und effektive Förderung der humanitären zivil-militärischen Beziehungen soll der Wirkungsgrad von internationalen Hilfseinsätzen gesteigert werden.	VBS/UNOCHA	22/17
Swiss United Nations Military Observer Course (SUNMOC) Einführungskurs für zukünftige Beobachter in UNO-Einsätzen. Schwerpunkte sind neben den Kenntnissen über die internationalen Strukturen die eigene Kommunikationsfähigkeit, der Umgang mit Sicherheitsproblemen und mit den Medien.	VBS	25/11
Introductory Course Peace Support Operations (ICPSO) Grundlagenkurs für den Friedenseinsatz mit dem Ziel, den Teilnehmern die wichtigsten Instrumente und Fähigkeiten aufzuzeigen und sie auf die Herausforderungen eines internationalen Feldeinsatzes vorzubereiten.	VBS	32/8
Media & Communications Training Course, Basic Level (KOMKA 1) Grundlagenkurs für Offiziere und zivile Mitarbeiter, die für einen Einsatz als <i>Public Affairs/Press and Information Officer</i> vorgesehen sind. Das Training zielt auf eine korrekte Planung, Durchführung und Evaluation von Medienveranstaltungen unter erschwerten Bedingungen, wie sie in friedensunterstützenden Operationen oder in Einsätzen in der Katastrophenhilfe vorkommen.	VBS	15/9
Media & Communications Training Course, Advanced Level (KOMKA 2) Fortgeschrittenenkurs für Offiziere und zivile Mitarbeiter, die bereits einen Einsatz als <i>Public Affairs/Press and Information Officer</i> hinter sich haben und für eine höhere Stufe vorgesehen sind. Das Training soll die Teilnehmer darauf vorbereiten, Kommandanten bei der Planung, Durchführung und Evaluation von Medienveranstaltungen unter erschwerten Bedingungen zu unterstützen.	VBS	17/12
Basic Summer Mountain Training Course (BSMC) Sommergebirgskurs, der die Teilnehmer zu den Themen "Bewegen und Überleben im Hochgebirge unter erschwerten Bedingungen" trainiert.	VBS	11/7
Advanced Summer Mountain Training Course (ASMC) Sommergebirgskurs, der die Teilnehmer zu den Themen "Organisation und Durchführung von Such- und Rettungsoperationen" trainiert.	VBS	10/6
Non-Commissioned Officers Intermediate Leadership Course (NCO Interm), 2 Kurse Fortgeschrittenenkurs für höhere Unteroffiziere mit dem Ziel, die Teilnehmer als Chefs auf Stufe multinationale Einheit zu befähigen, ihre Vorgesetzten zu unterstützen, zu beraten und das ethische Bewusstsein im militärischen Umfeld zu fördern. Die Teilnehmer sollen ihre eigenen Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten verbessern.	VBS	30/20 (April) 29/14 (Sept./Okt.)
Non-Commissioned Officers Advanced Leadership Course (NCO Adv), 2 Kurse Fortgeschrittenenkurs für höhere Unteroffiziere mit dem Ziel, die Teilnehmer als Chefs zu befähigen, ihre Kommandanten eines multinationalen Verbandes auf Stufe Truppenkörper oder höher zu unterstützen, ein Beratungssystem im internationalen Umfeld auf-	VBS	27/19 (Jan.) 41/20 (Dez.)

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
zubauen und zu betreiben. Die Teilnehmer sollen ihre Kommunikationstechniken verbessern und das ethische Bewusstsein in ihrem militärischen Umfeld fördern.		
Information Management System for Mine Action Training Course (IMSMA I), 2 Kurse Kurs zur Einsatzvorbereitung von Informationsmanagementexperten. Die Teilnehmer vertiefen ihr Wissen im Bereich Datenbanken zur Minen- und Kampfmittelbeseitigung. Sie lernen, die Situation zu analysieren und zu interpretieren und mit dem <i>Geographic Information System (GIS)</i> zu kombinieren. Die weiteren internationalen Kursteilnehmer werden vom GICHD und der Stabsstelle HMR ausgewählt. Der Kurs ist für Schweizer Experten als Einsatzvorbereitung obligatorisch.	VBS/GICHD	10/8 (März) 11/10 (Nov.)
Information Management System for Mine Action Training Course, Level 2 (IMSMA II) Kurs zur Einsatzvorbereitung und Weiterbildung von erfahrenen Informationsmanagementexperten. Aufbauend auf den im IMSMA I erworbenen Kenntnissen vertiefen die Teilnehmer ihr Wissen im Bereich Datenbanken zur Minen- und Kampfmittelbeseitigung. Sie lernen, die aus der Datenanalyse gewonnenen Erkenntnisse im Entscheidungsprozess umzusetzen. Die weiteren internationalen Kursteilnehmer werden vom GICHD und der Stabsstelle HMR ausgewählt. Die Teilnehmer können nach bestandenem Kurs entsprechend höhere Positionen in den Minenräumprogrammen bekleiden.	VBS/GICHD	11/9
Result Based Management (RBM) in Mine Action Die Teilnehmer erhalten Grundlagenwissen im Bereich RBM und Qualitätsmanagement in der Humanitären Minenräumung. Ziel ist, dass verantwortliche Personen im Feld und auch Geldgeber zielgerichteter und resultatorientierter managen können.	VBS/GICHD	18/17
Ammunition Storage Practitioner (ASP) Einführungskurs im Bereich Lagersicherheit und -verwaltung sowie Zerstörung von gelagerter Munition. Die Teilnehmer sind für Einsätze in diesem Bereich vorgesehen, arbeiten bereits in diesem Bereich oder sind Vorgesetzte in den entsprechenden Ministerien.	VBS/GICHD	9/8
Mine Action Support Service Officer Course, 2 Kurse Gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS) und dem GICHD werden die künftigen Logistik- und Finanzexperten vor deren Einsatz ausgebildet. Der Kurs, vermittelt den Teilnehmern Basiswissen im Bereich der Minenräumung und konzentriert sich speziell auf die dazugehörigen Unterstützungsleistungen (Logistik, Finanzen, Administration). Der Kurs ist für Schweizer Experten als Einsatzvorbereitung obligatorisch.	VBS/GICHD/ UNOPS	10/6 (Juni) 12/10 (Nov.)
Mine Action Support Service Officer Course, Senior Level Gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS) und dem GICHD werden Logistik- und Finanzexperten für ihren Einsatz weitergebildet. Der Kurs vermittelt den Teilnehmenden Fortgeschrittenenwissen im Bereich der Minenräumung und konzentriert sich speziell auf die dazugehörigen Unterstützungsleistungen (Logistik, Finanzen, Administration). Der Kurs ist für Schweizer Experten, die bereits im Einsatz stehen offen. Die Teilnahme kann es ermöglichen, dass die Schweizer Experten in Senior Positionen eingesetzt werden können. Die Teilnehmer können nach bestandenem Kurs entsprechend höhere Positionen in den Minenräumprogrammen bekleiden.	VBS/GICHD/ UNOPS	11/8
Integrated Mine Action Programmes for Better Results Gemeinsam mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und dem GICHD werden qualifizierte Vertreter ausgewählter Organisationen im Hinblick auf deren Einsatz im Bereich der humanitären Minenräumung vorbereitet, indem ihnen eine inte-	VBS/GICHD/ UNICEF	17/16

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
grierte Sichtweise der 5-Säulen-Struktur der Minenräumung vermittelt wird. Weitere wichtige Partner sind der Minendienst der UNO (UNMAS) sowie das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP).		
International Mine Action Standards (IMAS) and Compliance Der Kurs bietet einen Überblick über die internationalen Standards der Minenräumung, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung dieser Standards in den betroffenen Staaten gelegt wird: Anwendung von International Mine Action Standards (IMAS) auf die National Mine Action Standards (NMAS).	VBS/GICHD	22/14
Developing Effective Mine/ERW Risk Education Der Kurs bietet gegenwärtigen und zukünftigen Programmmanagern im Bereich Mine/Explosive Remnants of War Risk Education (MRE) eine vertiefte Diskussion im Bereich 'behaviour change strategies' und die Anwendung dieser Strategien in den entsprechenden Programmen. Damit soll die Vorgehensweise bei der Prävention im Feld verbessert werden, ein Wechsel im Verhalten der betroffenen Bevölkerung und somit ein Beitrag zur Verminderung der Opferzahlen erreicht werden.	VBS/GICHD/UNICEF	24/20
International Humanitarian Law and Military Medicine Ethics in Armed Conflicts Grundlagenkurs für Medizinalpersonal über die Grundsätze des Völkerrechts und der Ethik in bewaffneten Konflikten. Besonderes Augenmerk wird auf die spezielle Verantwortung des Medizinalpersonals gelegt. Die Teilnehmer sollen motiviert werden, in ihren Nationen den Unterricht in humanitärem Völkerrecht und in der Ethik der Militärmedizin zu fördern.	VBS	31/18
ESC 21 - European Security Course Jährlich durchgeführter, zweimonatiger Kurs, der sich mit Fragen der euro-atlantischen Sicherheit im globalen Kontext befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	21/20
LISC 31 - Leadership in Security Course Jährlich durchgeführter, achtmonatiger Kurs, der sich mit Fragen regionaler und globaler Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs beinhaltet ein MAS an der Uni Genf und wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	23/20
NISC 18 - New Issues in Security Course Jährlich durchgeführter, zweimonatiger Kurs, der sich mit aktuellen und künftigen Herausforderungen der globalen Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	28/25
Annual Senior Officers' Seminar (ASOS), Genf Jährliches dreitägiges Seminar für höhere Stabsoffiziere und höheres Kader aus Verteidigungsministerien.	GCSP	31/25
Defence Attaché Orientation Courses Einwöchige Ausbildungskurse für Vertreter von Verteidigungsministerien, die in einem multilateralen Umfeld eingesetzt werden. Die Kurse, die im Rahmen von PfP in Genf und ausserhalb der Schweiz in Jordanien, Bosnien und Herzegowina und Sri Lanka durchgeführt werden, stehen auch Teilnehmern aus anderen Staaten der jeweiligen Regionen offen. Die Kurse in Äthiopien (basic and advanced level) und Senegal werden nicht unter PfP ausgeschrieben, es nehmen daran jedoch auch Vertreter aus Nato- und Partnerstaaten teil.	GCSP	180/82

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
Weapons Law and Weapons Review Training Course Kurs für Juristen und andere Staatsangestellte, die in die Bewertung gesetzlicher Grundlagen involviert sind, um das notwendige Detailverständnis zu schaffen, um die Einhaltung der Gesetze durch den jeweiligen Staat zu gewährleisten.	GCSP	35/20
International Course on Risk and Crisis Management: Responding to Crisis in the 21st Century Einwöchiger Kurs, der sich mit Risiko- und Krisenmanagement und deren Einfluss auf die globale Sicherheit, inkl. die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, befasst.	GCSP/BABS	15/11
Air and Missile Warfare: Navigating the Legal Dimensions (Advanced AMPLE) Jährlich durchgeführter, dreitägiger Kurs, welche das Völkerrecht zur heutigen und künftigen Luftkriegsführung lehrt. Zielpublikum ist in erster Linie militärische Kommandanten, Stabsoffiziere und Juristen sowie Diplomaten und Sicherheitsexperten. Der Kurs steht allen Ländern, internationalen Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen offen.	GCSP	25/21
Legal Dimensions of Contemporary and Future Use of Force Jährlich durchgeführter, dreitägiger Kurs, welche das Völkerrecht zur allgemeinen Gewaltanwendung (v.a. Kriegsvölkerrecht und Menschenrechte) lehrt. Zielpublikum ist in erster Linie militärische Kommandanten, Stabsoffiziere und Juristen sowie Diplomaten und Sicherheitsexperten. Der Kurs steht allen Ländern, internationalen Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen offen.	GCSP	28/18

5.2 Weitere Veranstaltungen

Veranstaltung	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
6 th Chambésy-Roundtable-Gespräche zur Sicherheit im ost-europäischen Raum	EDA, GCSP	27/13
6 th Zermatt Roundtable on Current Security Issues in the North Pacific Region, Zermatt	EDA, GCSP	35/8
1 st Symposium for Senior NATO/PfP Legal Advisors (SSL) Jährlich durchgeführte, zweitägige Konferenz, welche aktuelle juristische Herausforderungen multilateraler Operationen, insbesondere der NATO, behandelt. Die Konferenz wird im kleinen und vertraulichen Rahmen mit ausgewählten Chefjuristen der NATO sowie Mitgliedsländern der NATO und Partnerschaft für den Frieden durchgeführt.	GCSP	22/16

5.3 Finanzen

Aktivitäten VBS	Betrag (in Fr.)	Aktivitäten EDA	Betrag (in Fr.)
Angebote der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	955'068	Angebote der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	324'400
Teilnahmen der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	667'541	-	-
Kooperationsprojekte (PfP-Treuhandfonds, Ausbildung)	1'182'566	Kooperationsprojekte (PfP Treuhandfonds, Ausbildung)	230'000
Aussenstellen (Mission bei der Nato in Brüssel und militärisches Berufspersonal bei Nato-Stellen)	633'332	---	---
Aufwendungen VBS	3'438'507	Aufwendungen EDA	554'400
Gesamtaufwendungen 2017			3'992'907

5.4 Abkürzungen

Abkürzung	Bedeutung
ACO	Allied Command Operations
ASDE	Air Situation Data Exchange
ASOS	Annual Senior Officers' Seminar
BABS	Bundesamt für Bevölkerungsschutz
BWL	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
CEPC	Civil Emergency Planning Committee
DCAF	Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
GCSP	Geneva Centre for Security Policy
GICHD	Geneva International Centre for Humanitarian Demining
KFOR	Kosovo Force
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
NCO	Non-commissioned officer
NSPA	Nato Support Agency
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PARP	Planning and Review Process
PfP	Partnership for Peace
PIAG	Partner Interoperability Advocacy Group
PTEC	Partnership Training and Education Centres
SWISSINT	Kompetenzzentrum der Schweizer Armee für Auslandseinsätze
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WEA	Weiterentwicklung der Armee
WEP	Western European Partners

5.5 Links

Partnerschaft für den Frieden (PfP), Schweizer Homepage	www.pfp.admin.ch
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	www.dcaf.ch
Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (Geneva Centre for Security Policy)	www.gcsp.ch
Schweizerische Mission bei der Nato	www.eda.admin.ch/Nato